

FREIBERUFLER-TICKER vom 6. März 2020

1. BFB beim 11. Integrationsgipfel der Bundesregierung

„Wir Freiberufler zeichnen uns durch unser Engagement für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund aus und entfalten aus verschiedenen Perspektiven eine hohe Integrationswirkung. Als ein besonders wichtiger Bereich der Wirtschaft und der Gesellschaft sind es schließlich wir als Freie Berufe, die den Flüchtlingen unmittelbar bei existenziellen Fragen helfen. Kurzfristig, wenn es etwa um deren Gesundheit geht, sie rechtlichen Beistand brauchen oder sprachliche Hürden zu überwinden sind. Längerfristig, um das Ankommen in der Gesellschaft zu erleichtern.“ Hierauf wies BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer im Umfeld des 11. Integrationsgipfels der Bundesregierung hin, der am 2. März 2020 im Bundeskanzleramt stattfand und bei dem er die Freien Berufe [repräsentierte](#). Überdies betonte er, dass Sprache und Qualifikation Schlüsselkompetenzen für eine erfolgreiche Integration sind und bleiben.

2. Unbegleitete Minderjährige aus dem Ausland

Ausländische Kinder und Jugendliche, die ohne ihre Familien nach Deutschland kommen, werden hierzulande gut versorgt. Zu dem Ergebnis kommt der Bericht zur Situation unbegleiteter, minderjähriger Ausländer in Deutschland, den das Bundeskabinett am 4. März 2020 beschloss. Die Zahl der ankommenden Minderjährigen sinkt seit Mai 2016 kontinuierlich. Im Februar vergangenen Jahres lebten in Deutschland knapp 15.000 unbegleitete Kinder und Jugendliche aus dem Ausland. Hinzu kamen etwa 24.000 junge Volljährige, die ehemals als unbegleitete Minderjährige eingereist waren. Insgesamt befanden sich Ende Februar 2019 damit knapp 40.000 junge Menschen aus dem Ausland in der Zuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe. Ein Höchststand wurde im Februar 2016 mit rund 60.000 erreicht.

3. Ganztagsbetreuung im Grundschulalter

Die Bundesregierung plant die Einrichtung eines Sondervermögens zur Finanzierung des Ausbaus ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter. Der entsprechende Entwurf für ein Ganztagsfinanzierungsgesetz ([19/17294](#)) sieht vor, dass der Bund 2020 und 2021 jeweils eine Milliarde Euro in das Sondervermögen einzahlt, aus dem den Bundesländern gemäß Artikel 104c des Grundgesetzes Finanzhilfen für den Ausbau bedarfsgerechter Betreuungsangebote zur Verfügung gestellt werden sollen. Darüber informierte der Deutsche Bundestag am 4. März 2020. Die Einrichtung des Sondervermögens soll der Umsetzung des im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vereinbarten Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter dienen. Um ein entsprechendes Angebot zu gewährleisten, sind gemeinsame Anstrengungen aller staatlichen Ebenen notwendig, heißt es in der Gesetzesvorlage.

4. ZEW: Fehlen von Fachkräften mit Berufsausbildung wird zum Innovationshemmnis

Der Fachkräftemangel bremst die Innovationskraft der Unternehmen in Deutschland. Vor allem ein Mangel an beruflich Qualifizierten bewirkt, dass Unternehmen manche Innovationsprojekte nicht mehr durchführen können. Fachkräfte mit einer beruflichen Qualifikation im Produktions- und IT-Bereich sind besonders gefragt. Innovationen scheitern dagegen seltener an einem Mangel an akademisch ausgebildetem Personal. Diese Ergebnisse einer Studie [veröffentlichte](#) das ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Ende vergangener Woche.

5. Neue Studie: „Partner*innen im Familiennachzug: verdecktes Erwerbskräftepotenzial?“

Das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) veröffentlichte am 2. März 2020 seine neue [Studie](#) „Partner*innen im Familiennachzug: verdecktes Erwerbskräftepotenzial?“. Ein zentrales Ergebnis ist, dass Personen im partnerschaftlichen Familiennachzug ein großes Potenzial für den Arbeitskräftebedarf in Deutschland darstellen. Im Fokus der wissenschaftlichen Arbeit waren junge Menschen sowie Personen, die noch nicht länger als sechs Jahre in Deutschland leben. Der Studie zufolge ist das Potenzial der zugewanderten Mütter noch nicht ausgeschöpft, denn nur ein Teil ist trotz sehr guter Qualifikationen erwerbstätig. Ein wichtiger Grund dafür ist die nicht nachgefragte Kinderbetreuung, denn zwei Drittel haben Kinder im Haushalt. Um das Erwerbskräftepotenzial nachziehender Partnerinnen besser zu nutzen, müssen sie nach ihrer Ankunft schnell proaktiv in die existierenden Unterstützungsstrukturen zur Teilhabe am Arbeitsmarkt eingebunden werden. Dazu gehört auch, der Zielgruppe einen niedrigschwelligen Zugang zu institutioneller Kinderbetreuung zu ermöglichen.

6. Arbeitsvolumen stieg 2019 auf Rekordhoch

Rund 62,7 Milliarden Stunden arbeiteten die Erwerbstätigen 2019 in Deutschland. Das entspricht einem Plus von 0,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr und ist der höchste Stand seit 1991, [berichtete](#) das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) am 3. März 2020. Grund für das gestiegene Arbeitsvolumen ist laut IAB, dass die Zahl der Erwerbstätigen 2019 weiter auf knapp 45,3 Millionen anwuchs. Mit einem Plus von 0,9 Prozent lässt sich allerdings ein deutlich schwächeres Wachstum verzeichnen als in den Vorjahren. Die durchschnittliche Jahresarbeitszeit der Erwerbstätigen lag 2019 bei 1.386 Stunden und verringerte sich damit um 0,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Selbstständige und mithelfende Familienangehörige gingen 2019 durchschnittlich 1.902 Stunden einer Erwerbstätigkeit nach, beschäftigte Arbeitnehmer 1.306 Stunden. Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer arbeiteten 2019 im Durchschnitt 1.642 Stunden, Arbeitnehmer in Teilzeit 771.

7. Arbeitszeiten 2018

Wie das Statistische Bundesamt am 4. März 2020 [mitteilte](#), arbeiteten Vollzeitbeschäftigte 41,4 Stunden und Teilzeitbeschäftigte 20 Stunden pro Woche. Im Bereich „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen sowie von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ werden die korrespondierenden Werte mit 42,5 beziehungsweise 18,5 Stunden pro Woche ausgewiesen. Für den Wirtschaftsabschnitt „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung, Erziehung und Unterricht; Gesundheits- und Sozialwesen“ belaufen sich die Werte auf 41,7 beziehungsweise 22,2 Stunden pro Woche.

8. 2040 könnte jeder Vierte in Deutschland alleine wohnen

Die Zahl der Einpersonenhaushalte wird nach am 2. März 2020 [präsentierten](#) Berechnungen des Statistischen Bundesamts von 17,3 Millionen in 2018 auf 19,3 Millionen in 2040 steigen. Damit werden 24 Prozent aller in Privathaushalten lebenden Menschen alleine wohnen. 2018 waren es 21 Prozent.

9. Ausgaben des Staatssektors in der EU

2018 beliefen sich die Gesamtausgaben des Staates in der Europäischen Union (EU) auf 46,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Zum Vergleich: 2012 waren es 49,7 Prozent. Von den Hauptaufgabenbereichen der Ausgaben des Staates in der EU spielt die „soziale Sicherung“ die weitaus größte Rolle: Im Verhältnis zum BIP machte sie 2018 19,2 Prozent aus. Darauf folgten

die Bereiche „Gesundheitswesen“ mit sieben Prozent, „allgemeine öffentliche Verwaltung“ mit sechs Prozent, „Bildungswesen“ mit 4,6 Prozent und „wirtschaftliche Angelegenheiten“ mit 4,4 Prozent. Auf die Aufgabenbereiche „öffentliche Ordnung und Sicherheit“ entfielen 1,7 Prozent, auf „Verteidigung“ 1,2 Prozent, auf „Freizeitgestaltung, Kultur und Religion“ 1,1 Prozent, auf „Umweltschutz“ 0,8 Prozent sowie auf „Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen“ 0,6 Prozent. Das [teilte](#) das statistische Amt der EU Ende vergangener Woche mit. Der aggregierte Wert für Deutschland liegt mit 44,6 Prozent unter dem EU-Durchschnitt, der Wert beispielsweise für „soziale Sicherheit“ mit 19,4 Prozent leicht darüber.

10. Schnelles Internet bei Unternehmen: Deutschland holt leicht auf

59 Prozent aller deutschen Unternehmen mit einer ortsfesten Breitbandverbindung und mindestens zehn Beschäftigten verfügten 2019 über einen schnellen Internetanschluss. Darunter wird ein fester Breitbandanschluss mit einer vertraglich vereinbarten Datenübertragungsrate von mindestens 30 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) verstanden. Wie das Statistische Bundesamt am 5. März 2020 weiter [mitteilte](#), ist der Anteil der Unternehmen mit schnellem Internet in Deutschland gegenüber 2018 um acht Prozentpunkte gestiegen. Im europäischen Durchschnitt erhöhte sich der Anteil mit sechs Prozentpunkten etwas schwächer als in Deutschland und lag 2019 bei 54 Prozent. Deutschland liegt damit wie in den Vorjahren im europäischen Mittelfeld. Die Spitzenplätze in der Europäischen Union belegten 2019 Dänemark mit 87 Prozent, Schweden mit 82 Prozent und die Niederlande mit 75 Prozent. Am wenigsten verbreitet war schnelles Internet bei Unternehmen in Frankreich mit 33 Prozent sowie Kroatien und Italien mit jeweils 41 Prozent.

11. Observatorium für Künstliche Intelligenz in Arbeit und Gesellschaft

Hubertus Heil MdB (SPD), Bundesminister für Arbeit und Soziales, eröffnete am 3. März 2020 in Berlin das Deutsche Observatorium für Künstliche Intelligenz in Arbeit und Gesellschaft ([KI-Observatorium](#)). Hauptaufgabe des KI-Observatoriums ist es, die Anwendung Künstlicher Intelligenz im Gesellschafts-, Arbeits- und Wirtschaftsleben zu beobachten, weiterzuentwickeln und Handlungsempfehlungen für ihre Nutzung zu formulieren.

12. Nur jeder dritte Internetnutzer weiß die eigenen Geräte zu sichern

Drei von zehn Internetnutzern (31 Prozent) fühlen sich selbst in der Lage, Geräte wie Smartphone oder Computer ausreichend vor Angriffen durch Internetkriminelle zu schützen. Und zwei Drittel (66 Prozent) sagen, dass sie es gar nicht merken würden, wenn Fremde ihren Computer oder das Smartphone über das Internet ausspionieren würden. Das ist das Ergebnis einer [Umfrage](#) im Auftrag des Digitalverbands Bitkom unter Internetnutzern in Deutschland, die Ende vergangener Woche veröffentlicht wurde. Fast die Hälfte (46 Prozent) weiß nicht, an wen sie sich wenden kann, um sich über Schutzmaßnahmen vor Internetkriminalität zu informieren. Im Kampf gegen Cyberkriminelle wünscht sich die große Mehrheit der Internetnutzer mehr Polizeipräsenz im Netz. 87 Prozent stimmen der Aussage zu, dass die Politik mehr Geld in spezielle Polizeieinheiten investieren sollte, um gezielt gegen Internetkriminalität vorzugehen. 82 Prozent fordern von der Polizei einen 24-Stunden-Notruf für Betroffene von Cyberkriminalität.